

**Amt der Wiener Landesregierung**

MD-1107-1/85

Wien, 21. Juni 1985

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Kraftfahrlinien-  
gesetz 1952 geändert wird  
(Kf1G-Novelle 1985);  
Stellungnahme

*Dr. Klausgruber*betreff. GESETZENTWURF  
ZI. 38 -GE/19 85

An das  
Präsidium des Nationalrates

Datum: 27. JUNI 1985

Verteilt 3.7.85 *schöber*

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-  
nannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

25 Beilagen

*Mc*

Dr. Ponzer  
Senatsrat



## Amt der Wiener Landesregierung

MD-1107-1/85

Wien, 21. Juni 1985

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Kraftfahrlinien-  
gesetz 1952 geändert wird  
(KfLG-Novelle 1985);  
Stellungnahme

zu Zl. 42.100/4-II/4/85

An das  
Bundesministerium für öffent-  
liche Wirtschaft und Verkehr

Auf das do. Schreiben vom 3. Mai 1985 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen.

Über den Inhalt der vorliegenden Novelle hinaus wird jedoch angeregt, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, durch die dem Problem des "Schwarzfahrens" in schaffnerlosen Omnibussen beigegeben werden kann. Folgende Textierung wird vorgeschlagen:

"§ 16 (3) Der Unternehmer, das Fahrpersonal und die Kontrollorgane des Unternehmens sowie die Konzessionsbehörde sind berechtigt, Personen, die bei einer Verwaltungsübertretung nach diesem Bundesgesetz, nach einer auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnung oder nach Art. IX Abs. 1 Z 5 EGVG 1950 betreten werden, festzunehmen, wenn die Hilfe von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes nicht sogleich erreichbar ist und die Voraussetzungen des § 35 VStG 1950 gegeben sind. Die festgenommenen Personen sind, wenn der Grund der Fest-

- 2 -

nahme nicht schon vorher entfallen ist, dem nächsten Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes sobald wie möglich vorzuführen."

Im Eisenbahngesetz 1957 müßte im § 45 Abs. 3 nach der Wortfolge "Verwaltungsübertretungen im Sinne dieses Bundesgesetzes" "oder nach Art. IX Abs. 1 Z 5 EGVG 1950" eingefügt werden, um das Problem des "Schwarzfahrens" auch in schaffnerlosen Eisenbahnen (und Straßenbahnen) zu entschärfen.

Mit den bisherigen gesetzlichen Regelungen kann die Bundespolizeidirektion Wien nicht das Auslangen finden.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Ponzer  
Senatsrat